SP-Masshardt vs. FDP-Caroni

Muss die Schweiz die Bilateralen nun kündigen?

Der Bundesrat präsentierte letzte Woche, wie er die Masseneinwanderungs-Initiative umsetzen will – und kassierte massiv Kritik von der SVP. Nationalräte Nadine Masshardt (SP) und Andrea Caroni (FDP) analysieren die Situation.

Von: **Nadine Masshardt**
An: *Andrea Caroni*

Lieber Andrea

Der Bundesrat präsentierte sein Konzept zur Umsetzung der SVP-Masseneinwanderungs-Initiative. Er benennt dabei die schwierigen Konsequenzen für die Wirtschaft und die Personenfreizügigkeit. Was hältst Du vom Vorschlag?

Erstaunt es Dich auch, dass gerade die SVP so negativ reagierte? Sie wirft dem Bundesrat vor, seine Vorschläge seien zu streng. Gleichzeitig fordert sie mit einer zweiten Durchsetzungsinitiative die strengste aller Varianten, nämlich die Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Irgendwie geht das doch nicht zusammen…

Beste Grüsse
Nadine

Von: **Andrea Caroni**
An: *Nadine Masshardt*

Liebe Nadine

Der Bundesrat hat grosso modo gute Arbeit geleistet: Eine verfassungstreue Umsetzung, welche den Spielraum weitgehend nutzt. Betreffs Familiennachzug bei Drittstaaten hätte er allerdings auch etwas bieten müssen.

Die SVP-Reaktion aber ist grotesk: Sie wirft dem Bundesrat allen Ernstes vor, er setze ihre Verfassungsbestimmung um (per Gesetz und Verhandlung), das sei sicher eine Verschwörung!

Meine Vermutung: Die Parteispitze hätte am 9. Februar lieber knapp verloren. Jetzt hat sie das Thema verloren und zudem Ärger mit der Wirtschaft. Darum kommuniziert sie so verzweifelt.

Teilst Du meine Vermutung?

Liebe Grüsse, Andrea

Von: **Nadine Masshardt**
An: *Andrea Caroni*

Lieber Andrea

Ich teile deine Einschätzung. Vor der Abstimmung äusserte ich gegenüber SVP-Nationalrätin Natalie Rickli im Mail-Duell genau diese Vermutung. Blick.ch titelte: «Wünscht sich die SVP heimlich ein Nein?» Auch aus meiner Sicht ging es der SVP ausschliesslich um Problembewirtschaftung.

Der Bundesrat macht seinen Job korrekt. Aber: Unsere Befürchtungen aus dem Abstimmungskampf bestätigen sich. Die Umsetzung des neuen Artikels provoziert eine Konfrontation mit der EU. Die bilateralen Verträge drohen wegzufallen. Und die Kontingente dürften die Schwarzarbeit in unserem Land wieder hochschnellen lassen.

Ist es wirklich das, was das Volk wollte?

Beste Grüsse
Nadine

Von: **Andrea Caroni**
An: *Nadine Masshardt*

Liebe Nadine

Die Gewerkschaften sagen: Das Volk wollte die Bilateralen gar nicht riskieren. Sie lancieren daher eine «Streichungsinitiative». Das ist das Gegenteil einer «Durchsetzungsinitiative», aber halt genauso zwängerisch.

Es gibt nur eines: Volk und Stände haben im Wissen um die Konsequenzen «Ja» gesagt. Bundesrat und Parlament müssen sich nun an die Umsetzung machen.

Dann aber hat der Souverän wie immer das letzte Wort: Er kann über das Umsetzungsgesetz abstimmen und über eine allfällige Kündigung der Bilateralen. Er kann aber stattdessen auch einen rundum erneuerten bilateralen Weg beschliessen und dabei sogar auf den 9. Februar zurückkommen.

Hast Du diese Geduld, oder drängst Du auf die «Streichungsinitiative»?

Liebe Grüsse, Andrea

Von: **Nadine Masshardt**
An: *Andrea Caroni*

Lieber Andrea

Diese Frage stellt sich gar nicht, weil die Streichungsinitiative zu spät kommt. Denn der Bundesrat muss den neuen Verfassungstext nach 3 Jahren in einer Verordnung umsetzen, wenn das Parlament bis dahin kein Gesetz verabschiedet.

Es ist sinnvoll, dass der Bundesrat zwei Linien gleichzeitig verfolgt: Erstens setzt er die Masseneinwanderungsinitiative um und präsentiert Vorschläge für die Umsetzung. Zweitens erarbeitet er ein Verhandlungsmandat mit der EU für die Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Ich bin gespannt, ob sich die beiden Linien zusammenführen lassen.

Ich werde ganz bestimmt nichts unterstützen, das die Bilateralen gefährdet. Wo liegen Deine Grenzen?

Beste Grüsse
Nadine

Von: **Andrea Caroni**
An: *Nadine Masshardt*

Liebe Nadine

Der Bundesrat muss in der Tat diese zwei Schienen (Inland, Ausland) fahren – aber zusammenführen lassen werden die sich so nicht.

Ich bin zwar auch für eine FZA-nahe Umsetzung, aber nur innerhalb des Verfassungsrahmens. Das führt leider zwangsläufig zu einem Crash. Dafür müssen wir bereits drüber nachdenken, wie wir das ganze danach neu aufgleisen. Dafür werden sich beide Seiten stark bewegen müssen, sicherlich auch wir: in «Bilateralen III» und/oder, indem wir den neuen Verfassungsartikel im Lichte der Erfahrungen dann neu beurteilen.

Zuerst aber wird jetzt umgesetzt.

Liebe Grüsse, Andrea